



Herrn
Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB
Präsident des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Matthias Machnig

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 76 41

FAX +49 30 18615 51 05

E-MAIL buero-st-m@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 4. September 2017

Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Christine Buchholz, Annette Groth u. a. der Fraktion DIE LINKE
betr.: „Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Ausfuhr von U-Booten nach Israel“
BT-Drucksache: 18/13234

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

namens der Bundesregierung beantworte ich die o. a. Kleine Anfrage wie folgt:

Frage Nr. 1

Inwiefern und mit welchen Bedingungen trifft es wie von Haaretz berichtet zu, dass der Bundessicherheitsrat die Ausfuhr von drei U-Boten nach Israel genehmigt hat?

Antwort:

Die Bundesregierung folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 - 2 BvE 5/11 - und unterrichtet den Bundestag über abschließende positive Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates sowie die Eckdaten eines Ausfuhrgeschäftes, d.h. über Art und Anzahl der genehmigten Güter, Endempfängerland, die beteiligten deutschen Unternehmen und das Gesamtvolumen.

Die Bundesregierung hat den Deutschen Bundestag bereits über alle im Jahr 2017 getroffenen abschließenden Genehmigungsentscheidungen, denen eine Befassung

des Bundessicherheitsrats vorausgegangen ist, unterrichtet. Auf die entsprechenden Unterrichtungen gemäß § 8 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Bundessicherheitsrats wird Bezug genommen.

Frage Nr. 1a)

Welche Kosten oder Bürgschaften wollte die Bundesregierung für den Deal übernehmen und wer sind die Begünstigten?

Antwort:

Das Abkommen über den Finanzierungsbeitrag wurde mit der Regierung von Israel verhandelt. Eine einseitige Bekanntgabe der Inhalte des Abkommens würde einen Vertrauensbruch gegenüber der israelischen Regierung darstellen.

Die Antwort auf diese Frage ist deshalb gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Inneren zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und wird daher als nicht zur Veröffentlichung bestimmt übermittelt.

Im Übrigen wird auf die Antwort auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Thomas Gambke (Antwort vom 10. Juli 2017, Bundestagsdrucksache 18/13113, Nr. 63) verwiesen, gemäß der im Bundeshaushaltsplan 2017 für die Haushaltsjahre 2018 bis 2027 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 540 Mio. Euro für einen Finanzierungsbeitrag zur Beschaffung von drei weiteren U-Booten für die israelische Marine in Deutschland veranschlagt ist.

Frage Nr. 1b)

Inwiefern ist über den Verkauf der drei U-Boote schon eine endgültige Entscheidung gefallen bzw. in welchem Stadium befinden sich die Verhandlungen derzeit?

Antwort:

Nach Kenntnis der Bundesregierung finden derzeit entsprechende Vertragsverhandlungen zwischen der Regierung des Staates Israel und der ThyssenKrupp Marine Systems GmbH statt.

Frage Nr. 1c)

Inwiefern trifft es zu, dass im Vertrag mit der israelischen Regierung bzw. im „Memorandum of Understanding“ eine Klausel enthalten ist, die der deutschen Regierung das Recht gibt, den Deal aufzukündigen, falls sich Korruptionswürfe bestätigen?

Antwort:

Das im Entwurf vorliegende Abkommen zwischen der Regierung des Staates Israel und der Bundesregierung über einen Finanzierungsbeitrag für die Beschaffung von drei U-Booten für die israelische Marine in Deutschland enthält Klauseln zum Wirksamwerden des Abkommens. Zu vertraulichen Verhandlungen mit Regierungen sowie offiziellen Vertretern anderer Staaten macht die Bundesregierung aus Staatswohlgründen keine Angaben. Es handelt sich dabei um laufende Vorgänge und Verhandlungen, die als unmittelbares Regierungshandeln dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung unterliegen. Eine Auskunft über Einzelheiten dieser Verhandlungen kommt daher aufgrund ihrer einengenden Wirkung auf den weiteren Verhandlungsverlauf bei einer Abwägung des parlamentarischen Informationsinteresses mit dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung nicht in Betracht.

Frage Nr. 1d)

Welche weiteren Bestimmungen enthält das „Memorandum of Understanding“ zu einem möglichen Rücktritt der Bundesregierung von dem Vertrag?

Antwort:

Fragen bezüglich der Auslegung oder Anwendung des Abkommens, die gegebenenfalls nach Unterzeichnung zu klären sind, wären Gegenstand von Konsultationen zwischen beiden Regierungen.

Frage Nr. 2

Aus welchen Erwägungen hat die Bundesregierung den U-Boot-Deal wie von Haaretz berichtet gestoppt und welche Absprachen wurden hierzu mit der Regierung in Israel getroffen?

Antwort:

Die Bundesregierung macht zu vertraulichen Verhandlungen mit Regierungen sowie offiziellen Vertretern anderer Staaten aus Staatswohlgründen keine Angaben. Es handelt sich dabei um laufende Vorgänge und Verhandlungen, die als unmittelbares Regierungshandeln dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung unterliegen. Eine Auskunft über Einzelheiten dieser Verhandlungen kommt daher

aufgrund ihrer einengenden Wirkung auf den weiteren Verhandlungsverlauf bei einer Abwägung des parlamentarischen Informationsinteresses mit dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung nicht in Betracht.

Frage Nr. 3

Inwiefern trifft es wie vom Spiegel berichtet zu, dass der israelische Botschafter in Berlin mehrmals im Kanzleramt, im Verteidigungsministerium und im Außenministerium intervenierte, um das Geschäft mit den U-Booten „endlich zu besiegeln“?

Antwort:

Die Bundesregierung tauscht sich regelmäßig mit der israelischen Regierung sowie offiziellen Vertretern des Staates Israel zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen aus. Dabei wird auch der Bereich der bilateralen Rüstungszusammenarbeit erörtert. Zu Inhalten und Teilnehmern dieser Gespräche macht die Bundesregierung keine Angaben. Es handelt sich dabei um laufende Vorgänge, die als unmittelbares Regierungshandeln dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung unterliegen. Eine Auskunft über Einzelheiten der Gespräche kommt daher aufgrund ihrer einengenden Wirkung auf künftige Gespräche bei einer Abwägung des parlamentarischen Informationsinteresses mit dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung nicht in Betracht.

Frage Nr. 4

Bei welchen Gelegenheiten (bitte konkret benennen) haben das Kanzleramt, das Verteidigungsministerium und das Außenministerium mit der israelischen Regierung bzw. der Botschaft über den Deal verhandelt?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

Frage Nr. 5

Was ist der Bundesregierung über Korruptionsvorwürfe hinsichtlich verhandelter oder vereinbarter Militärexporte des deutschen Rüstungskonzerns Thyssen-Krupp an Israel bekannt?

Frage Nr. 5a)

Inwiefern war sie selbst von den Ermittlungen (auch als Zeugin) betroffen?

Antwort:

Die Fragen 5 und 5a) werden zusammen beantwortet. Wie die Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage des Abgeordneten Volker Beck (Antwort vom 20. Dezember 2016; Bundestagsdrucksache 18/10773, Nr. 1) mitgeteilt hat, äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht zu ausländischen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, um den Fortgang der Ermittlungen nicht zu gefährden.

Frage Nr. 5b)

Inwiefern hat die Bundesregierung in der Angelegenheit bereits Kontakt zu Thyssen-Krupp aufgenommen oder wurde von dem Rüstungskonzern dazu angesprochen?

Antwort:

Die Bundesregierung steht aufgabenbedingt mit deutschen Unternehmen, darunter auch mit der ThyssenKrupp AG, im regelmäßigen Austausch. Gleiches gilt für die Tochterunternehmen. In diesen Gesprächen wurde von Thyssen-Krupp auch besagtes Thema angesprochen. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage Nr. 14 verwiesen.

Frage Nr. 6

Inwiefern waren die Personen, gegen die in Israel ermittelt wird bzw. die unter Hausarrest stehen, nach Kenntnis der Bundesregierung aktiv in die Verhandlungen mit der Bundesregierung oder Thyssen-Krupp eingebunden?

Antwort:

Auf die Antwort zu den Fragen 5 und 5a) wird verwiesen.

Frage Nr. 7

Was ist der Bundesregierung über die Verwicklung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in den Korruptionsskandal bekannt („Evidence ThyssenKrupp bribed Israeli officials“, ynetnews.com vom 31. Januar 2017)?

Frage Nr. 7a)

Über welche eigenen oder von Thyssen-Krupp übermittelten Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung zu einer möglichen Bestechung, Betrugs, der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit den Verkaufsabsichten von Thyssen-Krupp?

Frage Nr. 7b)

Um welche Informationen, die über die allgemein bekannten Pressemeldungen hinausgehen, hat die Bundesregierung die israelischen Behörden zu den Ermittlungen gebeten und welche Informationen wurden hierzu mitgeteilt?

Antwort:

Die Fragen 7, 7a) und 7b) werden zusammen beantwortet.

Auf die Antwort zu den Fragen 5, 5a) und 5b) wird verwiesen.

Frage Nr. 7c)

Inwiefern ist die Bundesregierung von israelischen Behörden um Unterstützung der Ermittlungen oder andere Formen der Amtshilfe gebeten worden?

Frage Nr. 7d)

Sind der Bundesregierung entsprechende israelische Anfragen an andere deutsche Stellen bekannt?

Antwort:

Die Fragen 7c) und 7d) werden zusammen beantwortet. Auf die Antwort zu den Fragen 5 und 5a) wird verwiesen. Darüber hinaus nimmt die Bundesregierung aus den dort genannten Gründen zu etwaigen ausländischen Rechtshilfeersuchen grundsätzlich keine Stellung.

Frage Nr. 8

Inwiefern und mit welchen Ergebnissen hat die Bundesregierung insbesondere auch vor dem Hintergrund möglicher finanzieller Unregelmäßigkeiten im Kontext des U-Boot-Deals Kontakt zum ehemaligen Verteidigungsminister Israels Mosche Ja'alon, der gegen Benjamin Netanjahu den Vorwurf erhob das Geschäft an ihm ebenso wie an IDF-Stabschef Gadi Eisenkot vorbei durchgeboxt zu haben?

Antwort:

Die Bundesregierung hatte keine Kontakte mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Mosche Ja'alon vor dem Hintergrund möglicher finanzieller Unregelmäßigkeiten im Kontext des U-Boot-Geschäfts.

Frage Nr. 9

Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, dass Israel bei Rüstungskäufen im Ausland auf einer Vertragsklausel besteht, die es ausschließt, dasselbe Waffensystem auch an ein anderes Land des Nahen Ostens zu verkaufen?

Antwort:

Die Bundesregierung ist nicht an kommerziellen Verhandlungen zwischen Unternehmen und deren Kunden beteiligt. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass Israel bei Rüstungskäufen im Ausland auf einer derartigen Vertragsklausel besteht.

Frage Nr. 9a)

Sofern eine solche Klausel nach Kenntnis der Bundesregierung existiert, aus welchem Grund bzw. auf Basis welcher Absprachen hat Thyssen-Krupp vier U-Boote an die ägyptische Regierung verkauft?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

Frage Nr. 9b)

Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern und in welchem Zusammenhang Benjamin Netanjahu seine Zustimmung zu dem Geschäft mit Ägypten gegeben hat?

Antwort:

Die Bundesregierung hat keine eigenen Erkenntnisse zu den internen Entscheidungsgängen in Israel.

Frage Nr. 9c)

Welche Rolle hat die Bundesregierung bei den Gesprächen über die Aufhebung der üblichen Sperrklausel gespielt?

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

Frage Nr. 9d)

Sofern eine solche Genehmigung im Einvernehmen mit der Bundesregierung erfolgte, inwiefern war hierin der Staatsanwalt Y.M. eingebunden?

Antwort:

Auf die Antwort zu den Fragen 9 und 9b) wird verwiesen.

Frage Nr. 9e)

Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern der damalige Verteidigungsminister Ja'alon einen leitenden Mitarbeiter seines Ministeriums, A.G., nach Deutschland geschickt hat, um in der Angelegenheit Klarheit zu erlangen?

Frage Nr. 9f)

Mit welchen Angehörigen der Bundesregierung hat sich G. hierzu getroffen?

Antwort:

Die Fragen 9e) und 9f) werden zusammen beantwortet:

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

Frage Nr. 10

Inwiefern trifft es wie von israelischen Medien berichtet zu, dass sich der Repräsentant von Thyssen-Krupp in Israel, M.G., Netanjahus Anwalt D.S. und der deutsche Botschafter in Israel, Clemens von Goetze, im Dezember 2015 zu einem Essen trafen, um zwei Monate nach einem Netanjahu-Besuch in Berlin unter anderen über den U-Boot-Deal zu verhandeln (ynetnews.com vom 12. Juli 2017, „PM's personal lawyer questioned in submarines investigation“?

Antwort:

Auf die Antwort der Bundesregierung vom 10. März 2017 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten van Aken (Bundestagsdrucksache 18/11553, Nr. 4) wird verwiesen.

Frage Nr. 11

Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, aus welchen Gründen derzeit gegen G. und S. in Israel im Zusammenhang mit dem U-Boot-Deal ermittelt wird?

Antwort:

Auf die Antwort zu den Fragen 5 und 5a) wird verwiesen.

Frage Nr. 12

Bei welchen anderen wesentlichen Gelegenheiten war die Bundesregierung am Aushandeln des Verkaufs von drei U-Booten und vier Korvetten an Israel beteiligt (bitte die Daten und Teilnehmenden nennen)?

Antwort:

Die Bundesregierung ist nicht an kommerziellen Verhandlungen zwischen Unternehmen und deren Kunden beteiligt.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Frage Nr. 13

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Korruptionsermittlungen rund um die Verkäufe von drei U-Booten und vier Korvetten an Israel und inwiefern beobachtet sie die Einleitung neuer Ermittlungen zu diesen Fällen?

Antwort:

Auf die Antwort zu den Fragen 5 und 5a) wird verwiesen.

Frage Nr. 14

Was ist der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf von drei U-Booten über Ergebnisse einer internen Untersuchung zur möglichen Korruption bei Thyssen-Krupp bekannt und inwiefern hält sie diese für glaubhaft („Korruptionsverdacht bei deutschem U-Boot-Deal“, dpa vom 28. Februar 2017)?

Antwort:

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die ThyssenKrupp AG aufgrund der Presseberichte die Geschäftsbeziehungen zu ihrem Vertriebsrepräsentanten in Israel umgehend ausgesetzt und eine interne Untersuchung in Deutschland eingeleitet. Nach Angaben des Konzerns haben sich danach bislang keine Hinweise auf Korruption ergeben. Allerdings ist es dem Unternehmen nach eigenen Angaben laut israelischem Recht nicht gestattet, in Israel eigene Untersuchungsmaßnahmen durchzuführen.

Frage Nr. 15

Inwiefern bewertet die Bundesregierung eine derartige interne Untersuchung als ausreichend für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Thyssen-Krupp, sofern diese nicht durch eigene Ermittlungen von Polizei und Justiz zumindest ergänzt und gegebenenfalls korrigiert werden?

Antwort:

Soweit hier auf „Ermittlungen von Polizei und Justiz“ Bezug genommen wird, wird darauf hingewiesen, dass die Einschätzung der Frage, ob zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat vorliegen (§ 152 Abs. 2 der

Strafprozessordnung), den zuständigen Strafverfolgungsbehörden obliegt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 5 und 5a) verwiesen.

Frage Nr. 16

Was ist der Bundesregierung über einen weiteren Korruptionsfall bei der Firma Israeli Aerospace Industries bekannt und inwiefern könnte dieser ebenfalls die Bundesregierung betreffen?

Antwort:

Der Bundesregierung liegen hierzu keine über die Presseberichterstattung hinausgehenden Erkenntnisse vor. Eine Betroffenheit der Bundesregierung ist bislang nicht erkennbar.

Frage Nr. 17

Inwiefern befinden sich unter den Personen, gegen die in Israel ermittelt wird, nach Kenntnis der Bundesregierung auch Firmenvertreter oder Staatsbedienstete, mit denen die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem geplanten Kauf von Drohnen im Kontakt stand?

Antwort:

Auf die Antwort zu den Fragen 5 und 5a) wird verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'B' followed by a cursive 'a' and a long horizontal stroke.